

Leserbrief

Unwahrheiten und Verwirrungen führten zur Ablehnung in Villmergen

Die Überführung der Gemeindewerke Villmergen in eine AG wurde von 22% der Stimmberechtigten mit 58% Nein zu 42% Ja abgelehnt. Dies ist in erster Linie ein Misstrauensvotum an unseren Gemeinderat, welcher diesen Schritt mit grosser Umsicht mit Fachgremien seit 2 Jahren geplant hat. Zu Verdanken ist diese Ablehnung hauptsächlich der SVP, welche mit unwahren und nicht nachvollziehbaren, unrealistischen Argumenten geworben hat, trotz vorgängiger Mitarbeit in einer Kommission.

Wahr ist, dass keine Änderung der Eigentumsverhältnisse stattgefunden hätte; die die Gemeindewerke wären nach wie vor zu 100% im Eigentum der Einwohnergemeinde geblieben. Behauptungen der SVP über Steuerhöhungen, oder dass mit dem Darlehen besser der Schulhausneubau finanziert worden wäre zeigten, dass sie die Vorlage nicht verstanden haben.

Fakt ist, dass die Wasserwerke nach Bundesgesetz keine Gewinne machen dürfen, sondern nur Rückstellung für zukünftige Investitionen (Unterhalt und Erweiterung der Leitungsnetze, Brunnenstuben, usw.). Siehe auch die TV-Sendung "10 vor 10" vom 7.8.2015, worin auch auf das vielfach veraltete Leitungsnetz in vielen Schweizer Gemeinden und deren Sanierungsbedarf hingewiesen wurde.

Fakt ist auch, dass die Elektroversorgung (Netzbetrieb und Stromverkauf) mit der Öffnung des Strommarktes professionell geführt werden muss. In einigen Jahren kann auch jeder private Stromkunde selber seinen Lieferanten (Angebot und Nachfrage) wählen. Dies stellt noch höhere Anforderungen an die Unternehmen.

Bei den Elektroinstallationsbetrieben wurde der Unterschied zwischen Besitzbestandsgarantie und Arbeitsplatzgarantien teilweise nicht verstanden. Dabei zählt doch eigentlich nur, ob das Unternehmen konkurrenzfähig ist, qualitativ gute Arbeit leistet, und einen entsprechenden Gewinn erwirtschaftet. Als einziger Elektroinstallationsbetrieb ohne Konkurrenz vor Ort könnte dieser besser sein.

Bei Annahme dieser Vorlage, wäre diese Unternehmung wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen professionell geführt worden, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Und schliesslich kann es nicht mehr sein, dass solche Unternehmen in dieser Grösse von einer Milizbehörde (Gemeinderäte im Nebenamt) verantwortlich geführt werden. Eine notwendige enge Führung der drei Abteilungen ist so nicht gegeben. Unsere Gemeinderäte haben mit den ihnen zugewiesenen Aufgaben (von Bund, Kanton und Gemeinde) eine Auslastung, welche an die Grenzen eines Nebenamtes führen. Darum wäre diese Änderung im Sinne einer Entlastung, auch von der Verantwortung, sinnvoll gewesen - Villmergen hat nun diese Gelegenheit verpasst.

Solche Misstrauensvoten machen Milizämter, welche nach wie vor unsere Demokratie tragen, immer unattraktiver. Die Folgen: Viele Gemeinden finden keine fähigen Bürger mehr für politische Ämter.

Vorstand der FDP Ortspartei Villmergen
Edwin Riesen, Präsident